

Schulterschluss leben

Mandantenbrief GUS plus / Бюллетень СНГ плюс

Informationen über Wirtschaft, Steuern und Recht / Информация об экономике, налогах и праве

Ausgabe Nr. 3 2013 / Выпуск № 3 2013 • www.roedl.com/ru

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Russland

- > Neue gesetzliche Regelung bei Prämienzahlungen

Weißrussland

- > Über die Förderung von Innovationen
- > Steuervergünstigungen außerhalb der Großstädte

Ukraine

- > Teilweise Erstattung von Sozialbeiträgen

Moldawien

- > Entwurf von Änderungen im Gesetz über die Rechnungslegung

Kasachstan

- > Neue Regeln zur Visumunterstützung
- > Vereinfachtes Verfahren zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte

В этом выпуске:

Россия

- > Новое правовое регулирование премий покупателям

Беларусь

- > О поддержке инноваций
- > Налоговые льготы за пределами больших городов

Украина

- > Частичная компенсация социального платежа

Молдова

- > Проект изменений в закон о бухучёте

Казахстан

- > Новые правила визовой поддержки
- > Упрощения в процедуре привлечения иностранной рабочей силы

RUSSLAND

> Neue gesetzliche Regelung bei Prämienzahlungen

Von Patrick Pohlitz, Rödl & Partner (Russland)

Im Juli 2013 tritt eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, die Rechtssicherheit bei der umsatzsteuerlichen Behandlung von Prämien für die Erfüllung bestimmter Liefervertragsbedingungen, zum Beispiel für eine bestimmte Absatzmenge für von Lieferanten erworbene Waren geschaffen hat. Nach neuer Rechtslage ändern nunmehr vertraglich festgelegte Prämien oder Anreizzahlungen im Zusammenhang mit Warenlieferungen ausdrücklich die umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage. Bisher gab es diesbezüglich eine Gesetzeslücke und Bewertungsschwierigkeiten, insbesondere in Bezug auf die Umsatzsteuerbarkeit der Prämienzahlungen und im Hinblick auf die Korrektur der sogenannten Faktura-Rechnungen für die betreffenden Warenlieferungen, was zu Auseinandersetzungen mit der Steuerbehörde geführt hat. Die hiermit verbundenen Korrekturen sind nunmehr auch im Rahmen einer korrigierten Sammelfaktura-Rechnung möglich. Das Gesetz geht u.a. auf das Gerichtsverfahren Leroy Merlin zurück, was wir zum Anlass genommen haben, den Fall Leroy Merlin und die Entwicklung hin zur neuen Gesetzeslage noch einmal darzustellen.

Im ursprünglichen Verfahren, welches im Jahre 2012 vom Obersten Arbitragegericht Russland (WAS) letztinstanzlich entschieden wurde, ging der Haus- und Garten Retailer Leroy Merlin gegen einen Bescheid der Steuerbehörde über die Nachberechnung von Umsatzsteuer iHv. RUB 91 Mio. zzgl. Strafen und Zinsen vor. Die Grundlage hierbei waren Prämienzahlungen der Lieferanten iHv. RUB 507 Mio. an Leroy Merlin für die Abnahme bestimmter Warenmengen. Die Steuerbehörde bewertete hierbei die Prämienzahlung als Entgelt für eine umsatzsteuerbare Leistung von Leroy Merlin an die Lieferanten. In der betreffenden Situation hatte Leroy Merlin Prämienzahlungen bei einem Abnahmevolumen von mehr als 80 RUB Mio. p.a. vereinbart, wobei die an den Retailer zu zahlenden Prämien zwischen 1 % und 2,3 % des Wertes der abgenommenen Waren betrugen.

Das WAS folgte der Argumentation von Leroy Merlin und urteilte, dass die Prämienzahlungen unmittelbar mit der Lieferung verbunden sind und sie dementsprechend weder eine Realisation noch eine konkrete Leistung von Leroy Merlin darstellen. Vielmehr seien sie eine Form des Nachlasses, der sich auf den Wert der Waren auswirkt. Dementsprechend müssen die Lieferanten ihre umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage korrigieren und gleichzeitig der Abnehmer (Leroy Merlin), entsprechend eine

Korrektur des Vorsteuerabzugs vornehmen. Der Kern der Entscheidung war daher, dass die Prämienzahlung der Lieferanten an ihre Abnehmer (große Retailer, Warenhausketten) nicht der Umsatzbesteuerung unterliegt.

Dieses Urteil zugunsten des Steuerzahlers hatte trotzdem in der Praxis einige Fragen aufgeworfen. Vor allem stellte sich hier das praktische Problem, wie die Korrektur der Bemessungsgrundlage zu deklarieren ist und ob für sämtliche einzelne Lieferungen, die Faktura-Rechnungen einzeln zu korrigieren sind. Der damit verbundene Aufwand lässt sich bei einem großen Distributor in Zahlen kaum darstellen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahre 2011 ein neues Gesetz und eine neue Regierungsverordnung in Bezug auf die Korrektur von Faktura-Rechnungen in Kraft getreten sind.

Demnach stellte sich die Frage, ob die betroffenen Steuerpflichtigen gegebenenfalls eine einzelne Sammelfaktura-Rechnung im Fall der Prämienzahlung für die Korrektur der Bemessungsgrundlage nach dieser Vorlage erstellen können. Die in der Anlage 2 der betreffenden Verordnung festgelegte Formvorlage sah eine solche Möglichkeit im Falle von Prämienzahlungen nicht vor.

Dies hatte eine Gruppe von bekannten Unternehmen wie z.B. Xerox, Volvo, Philips, Jaguar Land Rover zum Anlass genommen, die im Dezember 2011 erlassene Regierungsverordnung (VO. vom 26. Dezember 2011) über ein Sammelverfahren beim WAS auf seine Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen. Nach Ansicht der Antragsteller hinderte die Formvorlage in der Verordnung eine sogenannte Sammel-Faktura-Rechnung für die Prämienzahlung zu erstellen und verstieß somit nach ihrer Ansicht gegen Art. 169 Abs. 5.2. StGB.

Das betreffende Gesetz, auf dem die Verordnung beruht, sehe ausschließlich für die Änderung des Kaufpreises einzelner Waren oder für die Berichtigung des Volumens der gelieferten Waren die Möglichkeit einer Korrekturfaktura-Rechnung vor. Die Antragsteller führten hierbei aus, dass sich bei Prämien der Preis für die Waren grundsätzlich nicht ändert, sich allerdings die Prämie im Ergebnis wie eine Preisänderung, bezogen auf die Gesamtheit der gelieferten Waren, auswirkt. Dieser Fall sei gesetzlich nicht geregelt. Im Ergebnis zwingt die betreffende Verordnung zur Korrektur einer jeden ursprünglichen Faktura-Rechnung, was zu einem unangemessenen Aufwand und dementsprechend zu einer Verletzung der Rechte der Antragsteller führe.

Das WAS wies am 11. Januar 2013 überraschenderweise in seinem Beschluss, den Antrag zurück und begründete dies damit, dass die Antragsteller keinen Anspruch auf die geforderte Sammelkorrekturrechnung hätten und die Verordnung damit nicht gegen die Rechte des Steuerzahlers verstößt. Nach Ansicht des WAS war hier zwischen dem Wert der Waren und dem Kaufpreis zu differenzieren. Die umsatz-

steuerliche Bemessungsgrundlage ergäbe sich grundsätzlich gemäß Art. 153 und 154 StGB aus der Anzahl der Waren multipliziert mit dem Preis. Sofern sich der Preis ändert oder die Anzahl bzw. das Volumen der gelieferten Waren, sieht Art. 169 Abs. 5.2. StGB eine entsprechende Korrekturfaktura-Rechnung vor. Andere Fälle, die eine Auswirkung auf den Wert der Waren haben, sind hiervon nicht erfasst, wie unter anderem Prämien, die am Jahresende für ein bestimmtes Absatzvolumen gezahlt werden.

Das WAS führte aus, dass die Korrekturfaktura-Rechnung nach bestehender Gesetzeslage ausschließlich für den Fall der Kaufpreisänderung auf Grundlage des Einverständnisses beider Parteien vorgesehen ist. Eine entsprechende Regelung, wie bei der Gewinnsteuer gemäß Art. 265 StGB, die Prämien als außergewöhnliche Aufwendungen zu behandeln, fehle im Umsatzsteuerrecht. Da eine entsprechende Regelung zu Prämien im Umsatzsteuerrecht fehle, konnte die Verordnung dementsprechend auch den Fall der Prämien nicht regeln, da eine Verordnung nach Art. 6 des StGB grundsätzlich kein Gesetz ändern dürfe. Daher verstieß nach Ansicht des WAS die Verordnung auch nicht gegen geltendes Recht und stellte auch keine Verletzung der Rechte der Steuerzahler dar. Der Ordnungsgeber hätte dementsprechend keine Berechtigung gehabt, die von den Antragstellern beschriebene Situation in Bezug auf die Prämienzahlung sowie die Sammelkorrekturfaktura-Rechnung in der Verordnung zu regeln.

Dieser Beschluss des WAS hat in der Praxis für erhebliche Verunsicherung gesorgt. Denn die Antragsteller, die ursprünglich eine Leitentscheidung für den praktischen Umgang mit Prämienzahlungen seitens des WAS haben wollten, waren in ihrem Begehren nicht weiter gekommen und wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder gar keine Änderungen der umsatzsteuerlichen Bemessungsgrundlage vorzunehmen, da sowohl Gesetz als auch Verordnung den Fall der Prämienzahlung nicht regelten oder jede einzelne Faktura-Rechnung zu korrigieren.

Diese Verunsicherung hat der Gesetzgeber auf Grundlage mehrerer Initiativen aus der Wirtschaft zum Anlass genommen, am 22. März 2013 eine Gesetzesänderung im beschleunigten Verfahren zu verabschieden. Das neue Gesetz regelt, dass Prämien grundsätzlich nicht die umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage des Verkäufers ändern, es sein denn, die Verringerung des Wertes der Waren (in Höhe der Prämien) ist in dem betreffenden Vertrag vorgesehen. Dies bedeutet, dass rekurrend auf den ursprünglichen Stein des Anstoßes, nämlich den Fall Leroy Merlin, bei der Zahlung vertraglich vereinbarter Prämien oder Anreizzahlungen beim Erfüllen vertraglich determinierter Lieferbedingungen, grundsätzlich eine Änderung bzw. Korrektur der Bemessungsgrundlage vorgenommen werden muss. In einem solchen Fall ist der Steuerzahler nach neuer Gesetzeslage auch berechtigt, eine korrigierte (einheitliche) Sammelfaktura-Rechnung zu erstellen.

Die neue Gesetzeslage bringt nunmehr einige Rechtssicherheit im Umgang mit Prämienzahlungen. Trotzdem sollte gerade im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Sachverhalten ein besonderes Augenmerk auf die vertragliche Regelung der Leistungsbeziehungen sowie deren möglicherweise abweichende steuerliche Bewertung gerichtet werden.

РОССИЯ

> Новое правовое регулирование премий покупателям

Патрик Полит, Rödl & Partner (Россия)

В июле 2013 года вступает в силу новый закон, которое внесёт правовую определенность в вопросы обложения НДС в отношении премий за выполнение определённых условий по договорам поставки, например, за определённый объём товаров, приобретённых у поставщиков. Согласно новому правовому положению премии или материальное поощрение в связи с поставками товаров, согласованные в договоре, существенно изменяют налогооблагаемую базу. Ранее имелся пробел в законодательстве, и возникали трудности, в частности, в отношении возможности обложения премий НДС и в отношении корректировок так называемых счетов-фактур за соответствующие поставки товаров, что приводило к спорам с налоговыми органами. Теперь предусматривается возможность соответствующих корректировок в рамках единого корректировочного счета-фактуры. Не в последнюю очередь на принятие данного положения повлиял процесс по делу «Леруа Мерлен», в связи с чем мы считаем необходимым еще раз представить основные аспекты данного дела и его влияние на новое правовое регулирование.

В рамках дела, которое было разрешено в 2012 году Высшим Арбитражным Судом Российской Федерации (ВАС РФ) в надзорной инстанции, компания-ритейлер «Леруа Мерлен», специализирующаяся на продаже товаров для строительства, отделки и обустройства дома, обратилась в суд в связи с получением уведомления из налоговых органов о доначислении НДС в размере 91 миллион рублей плюс штрафы и проценты. Основанием таких действий со стороны налоговых органов послужили премии в размере 507 миллионов рублей, выплаченные поставщиками ритейлеру «Леруа Мерлен» за определённый объём приобретённых товаров. Налоговые органы квалифицировали выплату премий в качестве вознаграждения за услугу, оказанную компанией «Леруа Мерлен» поставщикам и облагаемую НДС. В действительности компания «Леруа Мерлен» согласовала выплату премий при объёме заку-

пок более 80 миллионов рублей в год, причём премии, выплачиваемые ритейлеру, составляли от 1 % до 2,3 % стоимости закупленных товаров.

ВАС РФ учёл аргументацию «Леруа Мерлен» и вынес решение о том, что премии непосредственно связаны с поставкой и, таким образом, не являются ни реализацией, ни конкретной услугой «Леруа Мерлен». Более того, такие премии представляют собой скорее форму скидки, распространяющейся на стоимость товаров. Поставщики должны соответствующим образом скорректировать свою налогооблагаемую базу по НДС, а покупатель («Леруа Мерлен») – восстановить сумму входного НДС, ранее принятую к вычету. Таким образом, ключевым моментом данного решения является то, что выплата премий поставщиками своим покупателям (крупные ритейлеры, сети гипермаркетов) не облагается НДС.

Данное решение в пользу налогоплательщика, тем не менее, на практике послужило поводом для возникновения новых вопросов. Прежде всего, с практической точки зрения представляется неясным, как следует оформлять корректировку налогооблагаемой базы в декларациях и следует ли производить корректировки счетов-фактур в отношении отдельных поставок отдельно в каждом случае. Связанные с этим расходы у крупного дистрибьютора будут невероятно велики. В данной связи следует обратить внимание на то, что уже в 2011 году вступил в силу новый закон и новое Постановление Правительства в отношении корректировки счетов-фактур.

Исходя из этого возникает вопрос, могут ли соответствующие налогоплательщики при необходимости оформить единый счёт-фактуру в отношении премий в целях корректировки налогооблагаемой базы. Форма установленного образца, содержащаяся в приложении 2 соответствующего Постановления Правительства, не предусматривала такой возможности на случай выплаты премий.

Данное обстоятельство было использовано группой известных компаний, таких как «Ксерокс», «Вольво», «Филипс», «Ягуар Ленд Ровер», в качестве повода обратиться в ВАС РФ с коллективным заявлением о проверке изданного Постановления Правительства (Постановление Правительства от 26 декабря 2011 года) на его правомерность. Согласно позиции заявителей форма, содержащаяся в Постановлении Правительства, не позволяет оформить так называемый единый счёт-фактуру в отношении премий и, таким образом, нарушает положения ст. 169, абз. 5.2. Налогового кодекса Российской Федерации (НК РФ).

Соответствующий закон, на котором основывается Постановление, предусматривает возможность применения корректировочного счёта-фактуры исключительно

но в отношении изменения покупной цены отдельных товаров или корректировки объёма поставленных товаров. Заявители ссылались на то обстоятельство, что цена товаров при выплате премий, как правило, остается неизменной, однако в конечном итоге премия влияет на стоимость всего объёма поставленных товаров. Данная ситуация не получила надлежащего правового регулирования. В связи с этим соответствующее Постановление обязывает производить корректировку каждого первоначального счёта-фактуры, что приводит к несоразмерным дополнительным затратам и нарушению прав заявителей.

ВАС РФ своим решением от 11 января 2013 года отклонил заявление и обосновал это тем, что заявители не имеют права на оформление единых корректировочных счетов-фактур и Постановление Правительства таким образом не нарушает права налогоплательщика. Согласно позиции ВАС РФ следует разделять понятия «стоимость товаров» и «покупная цена». Налогооблагаемая база по НДС согласно ст. 153 и 154 НК РФ рассчитывается, как правило, исходя из количества товаров, умноженных на их цену. Если цена или количество либо объём поставленных товаров изменяется, ст. 169, абз. 5.2. НК РФ предусматривает возможность составления соответствующего корректировочного счёта-фактуры. Иные случаи, влияющие на стоимость товаров, не учитываются, как и премии, выплачиваемые за определённый объём продаж в конце года.

ВАС РФ руководствовался тем, что согласно действующему законодательству корректировочный счёт-фактура предусмотрен исключительно на случай изменения покупной цены на основании соглашения сторон. Соответствующее регулирование, аналогичное в случае с налогом на прибыль согласно ст. 262 НК РФ, касающееся квалификации премий в качестве чрезвычайных расходов, отсутствует в законодательстве о налоге на добавленную стоимость. Так как соответствующее регулирование в отношении премий отсутствует в законодательстве о налоге на добавленную стоимость, Постановление не может регулировать случай с премиями, так как Постановление согласно ст. 6 НК РФ, как правило, не может противоречить положениям закона. На основании этого Постановление согласно позиции ВАС РФ не нарушает положений действующего законодательства и не ущемляет прав налогоплательщиков. Таким образом, в Постановление Правительства не было внесено соответствующих изменений с целью урегулировать описанную заявителями ситуацию в отношении премий, а также единых счетов-фактур.

Данное решение ВАС РФ вызывает на практике существенное беспокойство. Заявители, первоначально искавшие разъяснений в форме решения ВАС РФ в целях решения вопросов с премиями на практике, не

получили соответствующего удовлетворения и были поставлены перед выбором: либо не предпринимать корректировок налогооблагаемой базы по НДС, так как ни закон, ни Постановление Правительства не предусматривают соответствующего регулирования, либо производить корректировки каждого счёта-фактуры в отдельности.

Данное беспокойство послужило поводом для Законодателя принять 22 марта 2013 года Законопроект в ускоренном порядке в связи с большим количеством соответствующих обращений от компаний. Новый Закон содержит регулирование, согласно которому премии, как правило, не изменяют налогооблагаемую базу по НДС у продавца, если уменьшение стоимости товаров (на размер премий) предусмотрено в соответствующем договоре. Это означает, что, возвращаясь к камню преткновения, а именно делу «Леруа Мерлен», при выплате согласованных в договоре премий или материальных поощрений во исполнение обусловленных договором условий поставок следует изменить или скорректировать налогооблагаемую базу. В таком случае налогоплательщик в соответствии с новым правовым регулированием также вправе составить корректировочный единый счёт-фактуру.

Новое регулирование вносит правовую определённость в ситуацию с премиями. Несмотря на это, именно в связи с вышеуказанным особое внимание следует уделить договорному регулированию правоотношений, а также их налоговой оценке.

Kontakt für weitere Informationen



Patrick Pohlitz
Rechtsanwalt, Steuerberater
Tel.: +7(495)933 51 20
E-Mail: patrick.pohlitz@roedl.pro

WEIßRUSSLAND

> Über die Förderung von Innovationen

Von Alina Radkowitsch, Rödl & Partner (Weißrussland)

Am 20. Mai 2013 unterzeichnete der Präsident der Republik Belarus den Erlass Nr. 299 „Über einige Maßnahmen zur Förderung der Umsetzung von innovativen Projekten“.

Der Geltungsbereich des Erlasses erstreckt sich auf natürliche Personen, darunter auch auf Einzelunternehmer, juristische Personen und Kleinunternehmen, die Innovationsprojekte unter Beteiligung von Wissenschafts- und Technologieparks oder Geschäftszentren für Kleinunternehmen umsetzen.

Wir erinnern daran, dass der Begriff „Geschäftszentrum für Kleinunternehmen“ durch das Gesetz der Republik Belarus Nr. 148-Z „Über die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen“ vom 1. Juli 2010 eingeführt wurde. Juristische Personen, die einen solchen Status haben, leisten in der Regel in der Praxis Beistand bei der Organisation von Geschäftstätigkeit, und zwar übergeben sie Vermögen zur Nutzung (Büros und Produktionsräumlichkeiten).

Die Wissenschafts- und Technologieparks sind ebenfalls Subjekte der Innovationsinfrastruktur, die diesen Status ab dem Moment der Beschlussfassung über die Registrierung durch das Staatliche Amt für Wissenschaft und Technologien erwirbt.

Was die juristischen Personen angeht, auf die sich der Geltungsbereich des Erlasses erstreckt, so handelt es sich hierbei um in der Republik Belarus ansässige Kleinunternehmen. Das Kriterium für die Einstufung als Kleinunternehmen ist die durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Kalenderjahr, generell bis zu 15 Personen (Mikrounternehmen) bzw. zwischen 16 und 100 Personen (Kleinunternehmen).

Die staatliche Unterstützung wird durch den Weißrussischen Innovationsfond durch Mittel der Innovationsfonds geleistet, welche diesem für diese Zwecke überwiesen werden, sowie außerdem durch den Weißrussischen Fonds zur finanziellen Unterstützung von Unternehmen durch Mittel, welche im Rahmen der Programme zur staatlichen Unterstützung von Kleinunternehmen vorgesehen sind.

Um Unterstützung zu erhalten, ist es notwendig, dass ein Innovationsprojekt:

- > den durch die Gesetzgebung festgelegten wesentlichen Richtungen der wissenschaftlich-technischen Tätigkeit entspricht (die Struktur dieser Richtungen wurde für die Jahre 2011-2015 festgelegt: Energieeinsparung, Medizin, Luft- und Raumfahrttechnologien und sonstige);
- > die Schaffung, Herstellung und Veräußerung von innovativen bzw. hochtechnologischen Waren, die in die durch das Gesetz bestätigten Auflistungen (Immunseren, Ultraschallapparatur) aufgenommen wurden, vorsieht;
- > unter Nutzung der Erfindungen, Züchtungen, Topologien von integrierten Mikroschaltungen, für welche dem Subjekt ein Patent (eine andere Schutzurkunde) erteilt

wurde, sowie unter Nutzung des jeweiligen Know-How u.a. realisiert wurde;

- > Etappen der Realisierung wie Vorbereitungsetappe, konstruktionstechnologische Etappe, Produktions- und Geschäftsetappe vorsieht.

Die staatliche finanzielle Unterstützung wird etappenweise geleistet, das heißt, nach einer erfolgreichen Umsetzung der vorangegangenen Etappe. Dabei kann ein Subjekt, das ein Innovationsprojekt realisiert, auf allen Etappen finanzielle Unterstützung erhalten, mit Ausnahme der Geschäftsetappe, in der Herstellung und Verkauf der Erzeugnisse bereits begonnen hat.

Die Unterstützung kann auf einer rückzahlungspflichtigen Basis für die Dauer von bis zu fünf Jahre gewährt werden. Dabei können die Geldmittel auf entgeltlicher Basis zu einem Zinssatz in Höhe des Refinanzierungssatzes der Nationalbank der Republik Belarus bereitgestellt werden; unter Berücksichtigung der sozialen oder wirtschaftlichen Bedeutung des Investitionsprojekts sogar unter dem Refinanzierungssatz der Nationalbank (jedoch mindestens 50 % des Refinanzierungssatzes).

Auf nicht rückzahlungspflichtiger Basis wird durch den Weißrussischen Innovationsfond Unterstützung im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens geleistet. Natürliche Personen erhalten eine solche Unterstützung unter der Bedingung, dass ein Vertrag mit Wissenschafts- und Technologienparks oder Geschäftszentren für Kleinunternehmen bei der Umsetzung eines Investitionsprojektes abgeschlossen wird. Für juristische Personen in der Etappe der Umsetzung der Produktions- und Geschäftsetappe eines Innovationsprojektes besteht die Bedingung der Beteiligung in Höhe von mindestens 10 % des Gesamtumfangs der Mittel, die für die Finanzierung erforderlich sind.

Die Höhe einer solchen Unterstützung beläuft sich auf den Rubelgegenwert von maximal USD 25.000 in der Vorbereitungsetappe, und höchstens USD 100.000 in der Produktions- und Geschäftsetappe.

Das Ausschreibungsverfahren wird auf Grundlage eines vorgewiesenen Innovationsprojektes und sonstiger Unterlagen durchgeführt, und die Ausschreibungskommission, die durch das Staatliche Amt für Wissenschaft und Technologien unter Beteiligung der Vertreter des Wirtschaftsministeriums gebildet wird, fasst einen Beschluss über die Gewährung der Unterstützung.

Das Subjekt erhält staatliche Unterstützung für bestimmte Zwecke und übernimmt die Verpflichtung zur zweckgebundenen Verwendung der Geldmittel. Im Falle von Abweichungen und einer zweckentfremdeten Nutzung

staatlicher Mittel oder einer sonstigen Verletzungen der Gesetzgebung sowie des Erlasses selbst haften die Subjekte, denen staatliche finanzielle Unterstützung geleistet wurde, in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung und dem Vertrag, der mit dem Weißrussischen Innovationsfonds abgeschlossen wurde.

Somit ist durch den Erlass die Leistung von staatlicher finanzieller Unterstützung an Kleinunternehmen in den frühen Etappen der Umsetzung von innovativen Projekten vorgesehen. Hierzu wird im Zuge der Auswahl der Projekte deren Innovationsniveau, Aktualität und wirtschaftliche Effizienz bewertet. Durch den Erlass wurden die rechtliche Basis und die Startbedingungen für innovative Geschäftstätigkeit geschaffen.

Der Erlass tritt am 22. November 2013 in Kraft.

БЕЛАРУСЬ

> О поддержке инноваций

Алина Радькович, Rödl & Partner (Беларусь)

Президент Республики Беларусь 20 мая 2013 года подписал Указ № 229 «О некоторых мерах по стимулированию реализации инновационных проектов».

Указ распространяет действие на физических лиц, в том числе индивидуальных предпринимателей, и юридических лиц, субъектов малого предпринимательства, реализующих инновационные проекты с участием научно-технологических парков или инкубаторов малого предпринимательства.

Напомним, понятие «инкубатор малого предпринимательства» введено Законом Республики Беларусь от 1 июля 2010 года № 148-З «О поддержке малого и среднего предпринимательства». Юридические лица, имеющие такой статус, как правило, на практике оказывают содействие в организации коммерческой деятельности, а именно предоставляют в пользование имущество (офисы, производственные помещения).

Научно-технический парк – это также один из субъектов инновационной инфраструктуры, который приобретает данный статус с момента принятия решения о его регистрации Государственным комитетом по науке и технологиям.

Что касается юридических лиц, на которых распространяется указ, то это резиденты Беларуси, являющиеся субъектами малого предпринимательства. Критерий отнесения к таковым – это средняя численность работников за календарный год, как правило, до 15 человек

(микроорганизации) и от 16 до 100 человек включительно (малые организации).

Оказывают государственную поддержку Белорусский инновационный фонд за счёт части средств инновационных фондов, которые направляются ему на эти цели, а также Белорусский фонд финансовой поддержки предпринимателей за счёт средств, предусмотренных в программах государственной поддержки малого предпринимательства.

Чтобы получить поддержку необходимо, чтобы инновационный проект:

- > соответствовал законодательно утверждённым приоритетным направлениям научно-технической деятельности (структура данных направлений утверждена на 2011-2015 годы: энергосбережение, медицина, авиакосмические технологии и прочие);
- > предусматривал создание, производство и реализацию инновационных и (или) высокотехнологичных товаров, включённых в перечни, утверждаемые законом (иммунные сыворотки, ультразвуковая аппаратура);
- > реализовывался с использованием изобретений, селекционных достижений, топологий интегральных микросхем, на которые субъекту выдан патент (иной охраняемый документ), с использованием ноу-хау и т.д.
- > предусматривал такие этапы его реализации, как подготовительный этап, конструкторско-технологический, производственный этап и коммерческий этап.

Государственная финансовая поддержка оказывается именно поэтапно, то есть при успешной реализации предыдущего этапа. При этом субъект, реализующий инновационный проект, может обратиться за оказанием финансовой поддержки на всех этапах, за исключением коммерческого, когда уже налажено производство и реализация продукции.

Поддержка может предоставляться на возвратной основе, на срок до 5 лет. При этом средства могут предоставляться на возмездной основе, под процент в размере ставки рефинансирования Национального банка, а с учетом социальной, экономической значимости инвестиционного проекта и меньше ставки рефинансирования Национального банка, но не ниже 0,5 этой ставки.

На безвозвратной основе Белорусский инновационный фонд предоставляет поддержку в порядке прохождения конкурсного отбора. Физические лица получают такую поддержку при условии заключения договора с научно-технологическим парком или инкубатором

малого предпринимательства о содействии в реализации инновационного проекта. Для юридических лиц на этапе реализации конструкторско-технологического этапа инновационного проекта есть условие долевого участия в размере не менее 10 % от общего объёма средств, необходимых для финансирования.

Размер такой помощи устанавливается в рублевом эквиваленте суммы не более 25 тыс. долларов США – на подготовительном этапе и не более 100 тыс. долларов США – на конструкторско-технологическом этапе.

Конкурсный отбор проводится на основании представляемого инновационного проекта и других документов, а конкурсная комиссия, создаваемая Государственным комитетом по науке и технологиям с участием представителей Министерства экономики, принимает решение о предоставлении поддержки.

Субъект получает государственную поддержку на определённые цели и принимает на себя обязательства по целевому использованию средств. В случае отступления и нецелевого использования бюджетных средств, других нарушений бюджетного законодательства и самого указа субъекты, которым оказывается государственная финансовая поддержка, несут ответственность в соответствии с законодательством и договором, заключаемым с Белорусским инновационным фондом.

Таким образом, указ предусмотрел оказание государственной финансовой поддержки субъектам малого инновационного предпринимательства на ранних стадиях реализации инновационных проектов. При этом в ходе отбора проектов будет оцениваться их новизна, актуальность, экономическая эффективность. Тем самым, создана правовая база и стартовые условия для инновационного бизнеса.

Указ вступит в силу 22 ноября 2013 года.

> Steuervergünstigungen außerhalb der Großstädte

Von Sergei Rusakewicz, Rödl & Partner (Weißrussland)

Am 26. April 2013 wurde auf der offiziellen Webseite des Ministeriums für Steuern und Abgaben als wesentliches Dokument zu Fragen in Bezug auf die Steuergesetzgebung das Schreiben Nr. 2-3-15/10002 „Über die Anwendung der Vorschriften des Dekrets Nr. 6“ (im Folgenden „Schreiben“) vom 29. März 2013 veröffentlicht, welches das Verfahren für die Anwendung der Besteuerung gemäß Dekret des Präsidenten Nr. 6 „Über die Förderung unternehmerischer Tätigkeit auf dem Territorium von kleinen und mittleren städtischen Siedlungen und in ländlichen Gegenden“ vom

7. Mail 2012 mit letzten Änderungen und Ergänzungen (im Folgenden „Dekret Nr.6“) erläutert.

Durch das Schreiben wurde die vorher bestehende Unklarheit zur Frage der Anwendung von Umsatzsteuervergünstigungen für Investoren in Bezug auf Unternehmer, die sich auf dem Territorium von kleinen und mittleren städtischen Siedlungen sowie in ländlichen Gegenden befinden und Waren produzieren (Leistungen erbringen, Arbeiten ausführen), beseitigt.

So wird durch das Dekret Nr. 6 Unternehmern, die sich auf dem Territorium von kleinen und mittleren städtischen Siedlungen oder in ländlichen Gegenden befinden und eigene Waren herstellen (Leistungen erbringen, Arbeiten ausführen), das Recht gewährt, keine Steuer zu berechnen bzw. zu entrichten (ausgenommen Umsatzsteuer).

Das Dekret des Präsidenten Nr. 10 „Über die Schaffung zusätzlicher Bedingungen für die Investitionstätigkeit in der Republik Belarus“ (im Folgenden „Dekret Nr. 10“) vom 6. August 2009 gewährt einem Investor folgende Vergünstigungen:

- > Recht auf Abzug der Umsatzsteuer, welche beim Erwerb (bei der Einfuhr auf das Territorium der Republik Belarus) von Waren (Arbeiten, Leistungen) oder Vermögensrechten bezahlt wurde, die für Projektierung, Bau (Renovierung) sowie Ausstattung von für ein Investitionsprojekt bestimmten Objekten vorgesehen sind,
- > Befreiung von der Umsatzsteuer bei der Einfuhr von technischen Anlagen (Zubehör und Ersatzteile dafür) für deren Nutzung im Rahmen eines Investitionsprojektes.
- > Befreiung von der Umsatzsteuer in Zusammenhang mit der unentgeltlichen Übergabe von Objekten zur Umsetzung eines Investitionsprojektes ins Eigentum des Investors.

Laut Schreiben sind die Unternehmer, die auf dem Territorium von kleinen und mittleren städtischen Siedlungen oder ländlichen Gegenden eigene Waren herstellen (Arbeiten ausführen, Leistungen erbringen), berechtigt, die Vergünstigungen gemäß der beiden Dekrete in Anspruch zu nehmen.

Die Erläuterungen des Ministeriums für Steuern und Abgaben sind von den Steuerinspektionen in ihrer Tätigkeit ab dem Moment der Veröffentlichung auf der offiziellen Webseite des Ministeriums für Steuern und Abgaben anzuwenden.

> Налоговые льготы за пределами больших городов

Сергей Русакевич, Rödl & Partner (Беларусь)

26 апреля 2013 года на официальном сайте Министерства по налогам и сборам (далее «МНС») в качестве руководящего документа по вопросам применения налогового законодательства опубликовано письмо от 29 марта 2013 года № 2-3-15/10002 «О применении норм Декрета № 6» (далее «Письмо»), разъясняющее порядок применения налогообложения в соответствии с декретом президента от 7 мая 2012 года № 6 «О стимулировании предпринимательской деятельности на территории средних, малых городских поселений, сельской местности» с последними изменениями и дополнениями (далее «Декрет № 6»).

Письмом устранена существовавшая ранее неясность по вопросу применения льгот по налогу на добавленную стоимость для инвесторов, реализующих инвестиционные проекты, в отношении предпринимателей, расположенных на территории средних, малых городских поселений, сельской местности и выпускающих товары (оказывающих услуги, производящих работы) собственного производства.

Так, в частности, Декрет № 6 предоставляет предпринимателям, расположенным на территории средних, малых городских поселений, сельской местности и выпускающим товары (оказывающим услуги, производящим работы) собственного производства, право не исчислять и не уплачивать налоги, за исключением налога на добавленную стоимость.

В свою очередь, декрет президента от 6 августа 2009 года № 10 «О создании дополнительных условий для инвестиционной деятельности в Республике Беларусь» (далее «Декрет № 10») предоставляет инвестору, реализующему инвестиционный проект, следующие льготы:

- > право на вычет сумм налога на добавленную стоимость, уплаченных при приобретении (ввозе на территорию Республики Беларусь) товаров (работ, услуг), имущественных прав, использованных для проектирования, строительства (реконструкции), оснащения объектов, предусмотренных инвестиционным проектом;
- > освобождение от уплаты налога на добавленную стоимость при ввозе технологического оборудования (комплектующих и запасных частей к нему)

для использования его в рамках инвестиционного проекта;

- > освобождение от налога на добавленную стоимость в связи с безвозмездной передачей в собственность инвестора основных средств, в целях реализации инвестиционного проекта.

В соответствии с Письмом предприниматели, выпускающие на территории средних, малых городских поселений, сельской местности товары (выполняющие работы, оказывающие услуги) собственного производства и одновременно реализующие инвестиционный проект на такой территории, вправе воспользоваться льготами по обоим декретам.

Разъяснения МНС подлежат использованию в работе налоговых инспекций с момента опубликования на официальном сайте МНС.

Kontakt für weitere Informationen



Alexej Moros

Jurist

Tel.: +375 (17) 268 05 61

E-Mail: alexej.moros@roedl.pro

UKRAINE

> Teilweise Erstattung von Sozialbeiträgen

Von Mykyta Veresotsky, Rödl & Partner (Ukraine)

Parlament und Regierung der Ukraine beabsichtigen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu stimulieren und die Schwarzarbeit einzudämmen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Gesetze und untergesetzliche Normen verabschiedet.

In diesem Zusammenhang wurden unter anderem Änderungen in das Gesetz „Über die Beschäftigung der Bevölkerung“ eingebracht, welche die Möglichkeit für den Arbeitgeber vorsehen, sich die faktischen Aufwendungen in Höhe von 50 % der an den Fiskus entrichteten Einheitsabgabe für die allgemeine obligatorische staatliche Sozialversicherung (also die Sozialabgabe) für je-

den Mitarbeiter erstatten zu lassen, falls bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Die Erstattung erfolgt zulasten der für den Pensionsfonds vorgesehenen Mittel des Staatshaushalts.

So muss der Arbeitgeber für den Erhalt der Erstattung eine Reihe von Anforderungen erfüllen, die unter anderem das Folgende vorsehen: der Arbeitgeber hat für zwölf Monate neue Arbeitsplätze geschaffen und entsprechend Mitarbeiter eingestellt; er hat diesen Mitarbeitern für die nachfolgenden zwölf Monate Gehälter in Höhe des dreifachen Mindestlohns ausgezahlt (zum Stand Mai 2013 beläuft sich der Mindestlohn in der Ukraine auf UAH 1.147, ca. EUR 111, Erhöhung auf UAH 1.218 ab 1. Dezember 2013). Somit muss das Gehalt für einen neu einzustellenden Arbeitnehmer zur Inanspruchnahme der Teilerstattung mindestens UAH 3.441 (ca. EUR 332) betragen.

Das Verfahren zur Auszahlung der genannten Erstattung wurde durch Erlass Nr. 153 des Ministerkabinetts der Ukraine festgelegt, welcher am 20. März 2013 in Kraft getreten ist.

Das Auszahlungsverfahren umfasst mehrere Schritte: zuerst reicht der Arbeitgeber nach Ablauf von zwölf Monaten seit dem Moment des Abschlusses des Arbeitsvertrages mit dem Mitarbeiter für den neuen Arbeitsplatz beim Pensionsfonds eine Bescheinigung über die Einhaltung der Bedingungen zum Erhalt der Teilerstattung für die faktischen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einheitsabgabe ein. Anschließend übermitteln die Behörden des Pensionsfonds diese Informationen an die Staatliche Arbeitsinspektion, die ihrerseits wiederum eine Überprüfung vornimmt und deren Ergebnisse dem Pensionsfonds mitteilt.

Nachdem dies erfolgt ist, fasst der Pensionsfonds einen Beschluss über die Auszahlung der Erstattung, die jeden Monat auf Grundlage eines Berichts durch Überweisung der Mittel vom Konto des Pensionsfonds auf das Bankkonto des Arbeitgebers ausgezahlt wird.

Zum Erhalt der Erstattung muss der Arbeitgeber eine Reihe von Unterlagen vorlegen, und zwar insbesondere:

- > einen offiziell bestätigten Stellenplan (unter Berücksichtigung der offenen Stellen) mit Angabe der Gehälter für jede konkrete Stelle;
- > für jeden neuen Arbeitsplatz: eine Bescheinigung in festgelegter Form, in der die Art der Wirtschaftstätigkeit, der Beruf (die Spezialisierung) für den Arbeitsplatz angegeben und außerdem mitgeteilt wird, ob der Arbeitsplatz durch Modernisierung oder Änderung der Produktionstechnologie geschaffen wurde, wofür neue Kenntnisse und Fertigkeiten des Mitarbeiters erforderlich sind.

Im Falle von Stellenkürzungen oder bei Kürzung der Gehälter verliert der Arbeitgeber das Recht auf Inanspruchnahme dieser Erstattung. Somit wird der Arbeitgeber bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung vor die Wahl gestellt: entweder Stellenkürzung und Verlust des Anspruchs auf teilweise Erstattung, oder Bewahrung des Erstattungsanspruchs unter gleichzeitiger Bewahrung von faktisch „überzähligen“ Arbeitsplätzen. Außerdem werden zum Erhalt dieser Teilerstattung befristet eingestellte Mitarbeiter nicht berücksichtigt.

Der für die Auszahlung der Erstattung erforderliche Betrag wird vom Pensionsfonds auf Grundlage von durch den Staatlichen Beschäftigungsdienst erstellten Prognosen zur Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze bestimmt. Auf diese Weise kann es in der Praxis zu einer Situation kommen, in der im Staatshaushalt erheblich weniger Mittel für die Erstattung vorgesehen sind, als tatsächlich erforderlich, was für die Arbeitgeber zu Problemen beim Erhalt dieser Mittel führen kann.

Derzeit ist nur schwer einzuschätzen, wie viele Arbeitgeber beim Pensionsfonds den Erhalt dieser Erstattung beantragen werden und welcher Betrag genau für die Erstattung im Staatshaushalt vorgesehen wird.

Jedoch zeigt die Praxis, dass bei Erhalt irgendwelcher Zahlungen oder Erstattungen für juristische Personen aus dem Staatshaushalt (zum Beispiel von gesetzlich vorgesehenen Umsatzsteuerrückerstattung) verschiedene Schwierigkeiten auftreten, da das jeweilige Budget nicht über ausreichend Mittel verfügt.

Bei der Erstattung eines Teils der mit der Einheitsabgabe verbundener Aufwendungen für die allgemeine obligatorische staatliche Sozialversicherung könnten für die Arbeitgeber ähnliche Probleme auftreten.

УКРАИНА

> Частичная компенсация социального платежа

Никита Вересоцкий, Rödl & Partner (Украина)

Парламент и правительство Украины пытаются стимулировать создание новых рабочих мест, а также вывести выплату зарплат из тени, с этой целью принимают различные законы и подзаконные акты.

С этой целью, среди прочего, в Закон «О занятости населения» были внесены изменения, которыми предусмотрена возможность компенсации работодателю фактических расходов в размере 50 % от суммы упла-

ченного им ранее в государственный бюджет единого взноса на общеобязательное государственное социального страхования (т.е. социального платежа) за каждого сотрудника, при условии соблюдения определенных правил. Компенсация производится за счёт средств Государственного бюджета, предусмотренных в Пенсионном фонде.

Так, для получения компенсации работодатель должен соответствовать ряду требований, которые включают в себя, среди прочего, следующие: на протяжении 12 месяцев работодатель обеспечивал создание новых рабочих мест; трудоустраивал на них работников; а также на протяжении последующих 12 месяцев выплачивал им заработную плату в размере не менее трех минимальных заработных плат (на май 2013 года размер минимальной заработной платы в Украине составляет 1147 грн. (ок. 111 евро), с повышением до 1218 грн. с 1 декабря 2013 года). Таким образом, для получения частичной компенсации заработная плата на новом рабочем месте должна составлять сегодня не менее 3441 грн. (ок. 332 евро).

Порядок выплаты вышеупомянутой компенсации был установлен постановлением Кабинета Министров Украины 13 марта 2013 года №153, которое вступило в силу с 20 марта 2013 года.

Процедура выплаты многоэтапная: сначала работодатель по прошествии 12 месяцев со дня заключения трудового договора с лицом, трудоустроенным на новое рабочее место, подаёт в Пенсионный фонд справку об исполнении условий компенсации части фактических расходов на уплату единого взноса. Затем органы пенсионного фонда пересылают эту информацию в Государственную инспекцию по вопросам труда, который, в свою очередь, проверяет ее и сообщает о результатах проверки в Пенсионный фонд.

Затем Пенсионный фонд принимает решение о выплате компенсации, которая осуществляется каждый месяц на основании отчёта путём перечисления средств со счёта Пенсионного фонда на банковский счёт работодателя.

Для получения компенсации необходимо наличие у работодателя ряда документов, в частности:

- > формально утверждённого списка должностей (с учётом вакантных) с указанием размера оклада для каждой конкретной должности;
- > по каждому новому рабочему месту справка установленной формы, в которой указываются вид экономической деятельности, профессия (специальность) рабочего места, а также, создано ли рабочее место путём модернизации или смены технологии производства, которая требует новых знаний и умений сотрудника.

При уменьшении штатной численности сотрудников или при уменьшении фонда оплаты труда работодатель теряет право на такую компенсацию. Таким образом, при неблагоприятной экономической ситуации работодатель оказывается перед выбором – либо возможное сокращение штатной численности сотрудников и потеря права на частичную компенсацию, либо сохранение права на компенсацию, но при сохранении фактически излишней штатной численности сотрудников. Также для целей получения такой частичной компенсации не учитываются временные сотрудники работодателя.

Размер средств, необходимых для выплаты компенсации, определяется Пенсионным фондом на основании прогнозов относительно количества созданных рабочих мест, которые готовятся Государственной службой занятости. Таким образом, на практике возможна ситуация, при которой в государственном бюджете для компенсации будет предусмотрено значительно меньше средств, чем необходимо в действительности, и работодатели столкнутся с проблемами при получении этих средств на свои банковские счета.

На данный момент сложно оценить, какое именно количество работодателей обратятся в органы Пенсионного фонда за получением такой компенсации и какая именно сумма будет предусмотрена для такой компенсации в государственном бюджете.

Однако практика показывает, что при получении юридическими лицами каких-либо средств или компенсаций из государственного бюджета (например, предусмотренного действующим законодательством возмещения налога на добавленную стоимость) возникают различные проблемы, связанные с недостатком средств в соответствующем бюджете.

При компенсации работодателям части фактических выплат, связанных с уплатой единого взноса на обязательное государственное страхование, работодатели могут столкнуться с аналогичными вопросами.

Kontakt für weitere Informationen



Klaus Kessler
Rechtsanwalt
Tel.: +380 (44) 586 23 03
E-Mail: klaus.kessler@roedl.pro

MOLDAWIEN

> Entwurf von Änderungen im Gesetz über die Rechnungslegung

Von Iurie Borşci, Rödl & Partner (Moldawien)

Mitte Mai hat das Finanzministerium den Expertengruppen einen Entwurf der Ergänzungen und Änderungen im Gesetz über die Rechnungslegung (im Folgenden „Entwurf“) zur Verhandlung übermittelt.

Gemäß den Erläuterungen zum Entwurfstext ist das Ziel der Änderungen die Harmonisierung der Gesetzgebung im Bereich Rechnungslegung und Abschlüsse mit den am 1. Januar 2012 eingeführten IFRS und den nationalen Rechnungslegungsstandards, von denen einige ab dem 1. Januar 2014 eingeführt werden sollen. Der Entwurf der nationalen Rechnungslegungsstandards ist ebenfalls Teil der Verhandlung.

Angesichts dessen, dass die Gesetzgebung über die Rechnungslegung die Interessen jedes Unternehmers betrifft und dass der Entwurf höchstwahrscheinlich angenommen wird, sind im Folgenden die unserer Auffassung nach wichtigsten Neuerungen dargestellt.

Vor allem ist der Verzicht auf den Begriff des „vereinfachten Rechnungslegungssystems“ durch „Doppelbuchung“ aufzuführen. Somit verbleibt im Entwurf das Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung (derzeit „vollständiges“ und „vereinfachtes“) neben dem einfachen System, d. h. dem System ohne Doppelbuchung, durch eine einseitige Erfassung der wirtschaftlichen Faktoren mit Verwendung der Registrierung durch einfache Buchung nach der Methode „Zugang-Abgang“ vorgesehen ist.

Dementsprechend entsteht bei Unternehmen, die derzeit das vereinfachte Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung benutzen, die Möglichkeit, die IFRS zu verwenden. Es ist daran zu erinnern, dass derzeit nur die Unternehmen, die das vollständige Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung verwenden, berechtigt sind, zwischen den nationalen Rechnungslegungsstandards und IFRS zu wählen.

Die Änderungen werden auch den vierten Absatz des Artikels 29 betreffen, der die Zusammensetzung der Jahresabschlüsse bestimmt. Gemäß der geltenden Fassung des Gesetzes sind in den Jahresabschlüssen die folgenden fünf grundlegenden Elemente enthalten: Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Entwicklung des Eigenkapitals und Erläuterungen, einschließlich Anlagen zum Jahresabschluss.

Durch den vorgeschlagenen Entwurf wird dieser Unterlagensatz als vollständiger Abschluss bezeichnet und zusätzlich der Unterlagensatz des vereinfachten Abschlusses bestimmt, der lediglich aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Erläuterungen besteht. Derzeit ist der Unterlagensatz des vereinfachten Abschlusses im Gesetz über die Rechnungslegung nicht festgelegt, obwohl darin Verweise auf „vereinfachte Varianten des Kontenplans der Rechnungslegung, Buchhaltungsregister und Abschlüsse“ vorhanden sind.

Es ist anzumerken, dass der Entwurf den Absatz 5 desselben Artikels 29 unverändert lässt, dem zufolge zusätzlich zu den Jahresabschlüssen jährlich ein Geschäftsführerbericht und ein Bestätigungsvermerk (falls die Wirtschaftsprüfung obligatorisch ist) vorzulegen sind.

Die Änderungen im Artikel 29 bringen Klarheit in Bezug auf die Neuerungen im Artikel 15, die die Verwendung der Rechnungslegungssysteme und Vorlage der Abschlüsse reguliert.

Es wird angenommen, dass das vereinfachte Erfassungssystem ohne Vorlage der Abschlüsse nur durch Einzelunternehmen vor der umsatzsteuerlichen Registrierung sowie durch natürliche Personen, die professionelle Leistungen gemäß der durch das Finanzministerium bestätigten Liste erbringen, angewendet wird. Hier ist daran zu erinnern, dass derzeit Subjekte, die für die Vorperiode die Bemessungsgrenzen für zwei der folgenden drei Voraussetzungen nicht überschritten haben, berechtigt sind, das vereinfachte System zu verwenden:

- > die Umsatzerlöse betragen nicht mehr als MDL 3 Mio.;
- > der Bilanzwert der Vermögensgegenstände beträgt nicht mehr als MDL 1 Mio.;
- > die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer beträgt im Berichtszeitraum nicht mehr als 9 Personen.

Gemäß dem Entwurf werden die fast gleichen Voraussetzungen (jedoch alle drei zusammen) der Kreis der Subjekte einschränken, denen gestattet wird, das Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung unter Vorlage der vereinfachten Abschlüsse zu verwenden:

- > die Umsatzerlöse betragen nicht mehr als MDL 3 Mio.;
- > der Bilanzwert der Vermögensgegenstände beträgt nicht mehr als MDL 3 Mio.;
- > die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer beträgt im Berichtszeitraum nicht mehr als 9 Personen.

Zum Vergleich: derzeit haben Subjekte, die für die Vorperiode die Bemessungsgrenzen für zwei der folgenden

drei Voraussetzungen nicht überschritten haben, das Recht, die vereinfachten Abschlüsse zu verwenden:

- > die Umsatzerlöse betragen nicht mehr als MDL 15 Mio.;
- > die Bilanzsumme beträgt nicht mehr als MDL 6 Mio.;
- > die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer beträgt im Berichtszeitraum nicht mehr als 49 Personen.

Somit wird durch den Entwurf beabsichtigt, den Anteil der Subjekte, die das Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung unter Vorlage der vereinfachten Abschlüsse verwenden, zu verringern. Dementsprechend wird sich gemäß Entwurf die Zahl der Subjekte erhöhen, die das Rechnungslegungssystem durch Doppelbuchung unter Vorlage vollständiger Abschlüsse obligatorisch anwenden, da hiervon alle anderen Subjekte umfasst sind.

Durch den Entwurf ist eine gesonderte Norm in Bezug auf nichtkommerzielle Organisationen vorgesehen, für die die Rechnungslegung auf Grundlage des Rechnungslegungssystems durch Doppelbuchung unter Vorlage der Abschlüsse gemäß den durch das Finanzministerium bestätigten methodischen Anweisungen vorgeschrieben ist. Dies stimmt mit den Informationen über die derzeitige Ausarbeitung des Kontenplans und Formulare der Abschlüsse für die nichtkommerziellen Organisationen durch das Finanzministerium überein.

Neben sonstigen vorgeschlagenen Neuerungen ist auf den Ausschluss von Kassenbons aus Registrierkassen mit Fiskalspeicher aus der Liste der Verschlussdokumente hinzuweisen, welche den Erwerb von Vermögen und die Erbringung von Leistungen belegen. Derzeit werden Kassenbons aus Registrierkassen mit Fiskalspeicher als Verschlussdokumente anerkannt.

Es ist vorgesehen, die Änderungen und Ergänzungen ab 2014 in Kraft zu setzen.

МОЛДОВА

> Проект изменений в закон о бухучёте

Юрий Борщ, Rödl & Partner (Молдова)

В середине мая Министерство финансов разослало экспертным сообществам для обсуждения проект дополнений и изменений в закон о бухгалтерском учёте (далее «Проект»).

Согласно пояснительной записке к тексту Проекта целью изменений провозглашается гармонизация законодательства в области бухучёта и отчетности с МСФО, введенными с 1 января 2012 года, и Национальными стандартами бухгалтерского учёта (НСБУ), некоторые из которых предполагается ввести с 1 января 2014 года. Проект новых НСБУ, к слову, также предложены к обсуждению.

Принимая во внимание, что законодательство о бухучёте затрагивает интересы каждого предпринимателя, а также высокую вероятность принятия Проекта, ниже представлены важнейшие с нашей точки нововведения.

Прежде всего, необходимо упомянуть об отказе от понятия упрощённой системы бухгалтерского учёта путём двойной записи. Таким образом, в проекте останется система бухгалтерского учёта путём двойной записи (в настоящее время «полная» и «упрощённая») наряду с простой системой – системой без двойной записи, предусматривающей одностороннее отражение экономических фактов с использованием регистрации путём простой записи по методу «приход-расход».

Соответственно, у субъектов предпринимательства (далее «Субъекты»), практикующих в настоящее время упрощённую систему бухгалтерского учёта путём двойной записи, появится возможность применения МСФО. Напомним, в настоящее время право выбора между НСБУ и МСФО имеется лишь у Субъектов, практикующих полную систему бухгалтерского учёта путём двойной записи.

Изменения затронут также четвертый абзац статьи 29, регламентирующий состав годовой финансовой отчетности. Напомним, действующая редакция закона включает в состав годового финансового отчёта 5 основных элементов: бухгалтерский баланс, отчёт о прибыли и убытках, отчет о движении денежных средств, отчёт о движении собственного капитала и пояснительные записки, включая приложения к финансовым отчетам.

Предлагаемый Проект называет такой набор полной финансовой отчётностью и дополнительно определяет состав упрощённой финансовой отчетности, которая включает лишь бухгалтерский баланс, отчёт о прибыли и убытках и пояснительную записку. В настоящий момент состав упрощённой финансовой отчётности в законе о бухучёте не определён, хотя в нём имеются ссылки на «упрощённые варианты плана счетов бухгалтерского учёта, бухгалтерских регистров и финансовых отчетов».

Заметим, что Проект оставляет без изменения абзац 5 той же статьи 29, согласно которому в дополнение к финансовым отчётам ежегодно представляется отчет руководства и заключение аудитора, если аудит является обязательным.

Изменения в статье 29 позволяют понять нововведения в статье 15, регламентирующей применение систем ведения бухгалтерского учета и представления финансовой отчётности.

Предполагается, что простая система учёта без представления финансовой отчётности будет применяться лишь индивидуальными предприятиями до регистрации в качестве плательщиков НДС и физическими лицами, оказывающими профессиональные услуги из списка, утверждённого Минфином. Напомним, что сейчас простую систему вправе использовать Субъекты, не превысившие за предыдущий отчётный период пределы двух из следующих трёх критериев:

- > объём доходов от продаж – не более 3 миллионов леев;
- > балансовая стоимость долгосрочных активов – не более 1 миллиона леев;
- > среднесписочная численность работников за отчётный период – не более 9 человек.

Согласно Проекту практически аналогичные критерии (однако все три в совокупности) ограничат круг Субъектов, которым будет разрешено применение системы учёта путём двойной записи с представлением упрощённой финансовой отчетности:

- > объём доходов от продаж – не более 3 миллионов леев;
- > балансовая стоимость долгосрочных активов – не более 3 миллиона леев;
- > среднесписочная численность работников за отчётный период – не более 9 человек.

Для сравнения: в настоящее время упрощённую финансовую отчётность вправе использовать субъекты, не превысившие за предыдущий отчётный период пределы двух из следующих трёх критериев:

- > объём доходов от продаж – не более 15 миллионов леев;
- > общий итог бухгалтерского баланса – не более 6 миллионов леев;
- > среднесписочная численность работников за отчётный период – не более 49 человек.

Таким образом, Проект предполагает сужение круга Субъектов, применяющих систему учёта путём двойной записи с представлением упрощённых финансовых отчётов. Соответственно, согласно Проекту, расширится круг Субъектов, в обязательном порядке применяющих систему учёта путём двойной записи с представлением полных финансовых отчётов, поскольку в него войдут все остальные Субъекты.

Проект предусматривает отдельную норму в отношении некоммерческих организаций, которым предписывается учёт на основе системы учёта путём двойной записи с представлением финансовых отчётов согласно методическим указаниям, утвержденным Минфином. Это согласуется с информацией о разработке в настоящее время Минфином плана счетов и форм финансовой отчетности для некоммерческих организаций.

Среди прочих предлагаемых нововведений обращает на себя внимание исключение чеков контрольно-кассовых машин с фискальной памятью (ККМ) из списка первичных документов строгой отчётности, подтверждающих приобретение активов и оказание услуг. В настоящий момент чеки ККМ в качестве таковых признаются.

Изменения и дополнения предлагается ввести в действие с 2014 года.

Kontakt für weitere Informationen



Iurie Borşci
Wirtschaftsprüfer
Tel.: +7 (495) 933 51 20
E-Mail: iurie.borsci@roedl.com

KASACHSTAN

> Neue Regeln zur Visumunterstützung

Von Zarina Yermukhambetova,
Rödl & Partner (Kasachstan)

Im März 2013 wurde die gemeinsame Anordnung der Leitungsebene des Innenministeriums („MWD“) und des Außenministeriums („MID“) „Über die Bestätigung von Regeln zur Erteilung von Visa in der Republik Kasachstan sowie zur Verlängerung und Verkürzung ihrer Fristen“ unterzeichnet.

Die Regeln bestimmen das Verfahren zur Visaerteilung für Ausländer und Staatenlose sowie zur Verlängerung und Verkürzung der Visa-Laufzeiten. Die genannten Regeln traten am 29. Mai 2013 in Kraft.

Es ist anzumerken, dass die Gesetzgebung den Vorrang von internationalen Verträgen, die durch die Republik Kasachstan ratifiziert wurden, gegenüber nationalen Vorschriften festsetzt.

Gemäß den Regeln erfolgt die Visaerteilung:

- > im Ausland: durch die Konsularabteilungen von Botschaften oder Konsulaten der Republik Kasachstan;
- > auf dem Territorium der Republik Kasachstan: durch MID und Abteilungen der Migrationspolizei MWD. Die Visaerteilung erfolgt auf Grundlage der Einladungsschreiben und sonstiger Unterlagen.

Die Verlängerung der Visa-Laufzeiten erfolgt durch die Abteilungen von MID und MWD. Bei der Entscheidung über die Visumunterstützung bzw. -erteilung (Kategorie, einmalige oder mehrmalige Einreise sowie Laufzeit) und die Aufenthaltsdauer wird die politische und migrationsrechtliche Situation im Land der Staatsangehörigkeit oder im Wohnsitzstaat eines Ausländers oder Staatenlosen berücksichtigt.

Im Unterschied zu den bisherigen Regeln lassen sich Visa nunmehr in fünf Arten aufteilen. Jede Art sieht mehr Kategorien als früher vor. Folgende Arten von Visa lassen sich unterscheiden:

1. Nichteinwanderungsvisum;
2. Einwanderungsvisum;
3. Ausreisevisum.

Zu den Nichteinwanderungsvisa gehören:

1. Diplomatenvisum – „A1“, „A2“ und „A3“;
2. Dienstvisum – „B1“, „B2“ und „B3“;

3. Investorenvisum – „C1“ und „C2“;
4. Geschäftsvisum – „D1“, „D2“, „D3“, „D4“, „D5“, „D6“, „D7“ und „D8“;
5. Missionsvisum – „E1“, „E2“ und „E3“;
6. Reisevisum – „F1“;
7. Privatvisum – „G1“, „G2“, „G3“ und „G4“;
8. Transitvisum – „H1“.

Zu den Einwanderungsvisa gehören:

1. Visum zum ständigen Aufenthalt – „J1“, „J2“ und „J3“;
2. Visum zur Familienzusammenführung – „K1“, „K2“, „K3“;
3. Visum zum Studium – „L1“ und „L2“;
4. Visum zur Ausübung der Arbeitstätigkeit – „M1“, „M2“, „M3“, „M4“ und „M5“;
5. Visum für humanitäre Zwecke – „N1“ und „N2“.

Zu den Ausreisevisa gehören: „P1“, „P2“, „P3“, „P4“, „P5“, „P6“, „P7“ und „P8“.

Art und Kategorie von Visa müssen dem Aufenthaltsziel des Antragstellers entsprechen.

Im Folgenden sind einige der am weitesten verbreiteten Arten von Visa aufgeführt, die für die Ausübung von Geschäftstätigkeit bestimmt sind.

Investorenvisum

Visa der Kategorie „C1“ werden Geschäftsführern und Vertretern der Verwaltungsebene von ausländischen juristischen Personen, die in die Wirtschaft investieren, den Teilnehmern des Regionalfinanzzentrums der Stadt Almaty („RFZA“) sowie ihren Ehegatten und minderjährigen Kindern für eine Frist von bis zu 3 Jahren mit dem Recht auf mehrfache Einreise erteilt.

Visa der Kategorie „C2“ werden den Geschäftsführern und Vertretern der Verwaltungsebene von ausländischen juristischen Personen, die in die Wirtschaft investieren, den Teilnehmern von RFZA sowie ihren Ehegatten und minderjährigen Kindern für eine Frist von bis zu 90 Tagen für die einfache Einreise ohne Einladung auf Anweisung des MID oder auf Grundlage der Anfragen der Leiter von Botschaften/Konsulaten der Republik Kasachstan, beim Vorhandensein von Anträgen juristischer Personen oder einer zuständigen Behörde der Republik Kasachstan zu Investitionsfragen erteilt.

Geschäftsvisum

Visa der Kategorie „D1“ werden Personen erteilt, welche für folgende Zwecke in die Republik Kasachstan einreisen: 1) Teilnahme an Konferenzen, Symposien, Foren, Messen, Konzerten, Kultur-, Wissenschafts-, Sport- und sonstigen Veranstaltungen; 2) Abhaltung von Vorlesungen und Unterrichten an Ausbildungseinrichtungen bis zu 90

Tage. Visa können für ein-, zwei- oder dreifache Einreise erteilt werden.

Visa der Kategorie „D2“ werden Personen erteilt, welche für folgende Zwecke nach Kasachstan einreisen: 1) Dienstreisen; 2) Montage, Instandhaltung und technische Wartung von Anlagen; 3) Teilnahme an jugendlichen, studentischen und Schüleraustauschprogrammen, außer Studium an Bildungseinrichtungen der Republik Kasachstan, für eine Frist von bis zu einem Jahr mit dem Recht auf mehrfache Einreise.

Visa der Kategorie „D3“ werden Personen erteilt, welche für folgende Zwecke in die Republik Kasachstan einreisen: 1) Begleitung humanitärer Hilfe; 2) Verhandlungen, Abschluss von Verträgen, Erbringung von Beratungs- bzw. Wirtschaftsprüfungsleistungen, für eine Frist von bis zu 3 Jahren mit dem Recht auf mehrfache Einreise.

Es ist anzumerken, dass die neuen Regeln die Aufenthaltsdauer aufgrund eines mehrfachen Geschäftsvisums verändern. Vorher belief sich die Höchstdauer auf 120 Tage innerhalb von zwölf Monaten, nunmehr beträgt gemäß den neuen Regeln die Aufenthaltsdauer maximal 60 Tage innerhalb von 180 Tagen.

Die neuen Regeln bewahren die Vorschrift, der zufolge die einfachen Visa der Kategorie „D1“ den Staatsangehörigen einiger Staaten auf Antrag ohne Einladungsschreiben und Visumunterstützung erteilt werden. Die Liste dieser Staaten enthält insbesondere (ohne darauf beschränkt zu sein): Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Tschechien, Schweiz, Estland.

КАЗАХСТАН

> Новые правила визовой поддержки

Зарина Ермухамбетова, Rödl & Partner (Казахстан)

В марте 2013 года был подписан совместный приказ руководителей Министерства внутренних дел (далее «МВД») и Министерства иностранных дел (далее «МИД») «Об утверждении Правил выдачи виз Республики Казахстан, а также продления и сокращения сроков их действия» (далее «Правила»).

Правила определяют порядок выдачи виз иностранцам и лицам без гражданства, а также продления и сокращения сроков их действия. Правила вступили в силу 29 мая 2013 года.

Необходимо отметить, что законодательство устанавливает приоритет норм международных договоров, участницей которого является Республика Казахстан, над нормами национального законодательства.

Согласно Правилам выдача виз производится:

- > за границей – консульскими отделами посольств или консульствами Казахстана;
- > на территории Республики Казахстан – МИДом и департаментами миграционной полиции МВД. Выдача виз производится на основании писем-приглашений и прочих документов).

Продление виз осуществляется департаментами МИД и МВД. При принятии решения об оформлении визовой поддержки, выдаче визы (категория, кратность и срок действия) и продолжительности пребывания учитывается политическая и миграционная ситуация в стране гражданства или постоянного жительства иностранца или лица без гражданства.

В отличие от предыдущих правил визы будут подразделяться по типам. Типы виз будут включать больше категорий, чем было ранее. По типам визы подразделяются на:

1. неиммиграционную;
2. иммиграционную;
3. выездную.

К неиммиграционным визам относятся:

1. дипломатическая – «A1», «A2» и «A3»;
2. служебная – «B1», «B2» и «B3»;
3. инвесторская – «C1» и «C2»;

4. деловая – «D1», «D2», «D3», «D4», «D5», «D6», «D7» и «D8»;
5. миссионерская – «E1», «E2» и «E3»;
6. туристическая – «F1»;
7. частная – «G1», «G2», «G3» и «G4»;
8. транзитная – «H1».

К иммиграционным визам относятся:

1. на постоянное жительство – «J1», «J2» и «J3»;
2. воссоединение семьи – «K1», «K2», «K3»;
3. получение образования – «L1» и «L2»;
4. осуществление трудовой деятельности – «M1», «M2», «M3», «M4» и «M5»;
5. гуманитарные цели – «N1» и «N2».

К выездным визам относятся: «P1», «P2», «P3», «P4», «P5», «P6», «P7» и «P8».

Тип и категория визы должна соответствовать цели пребывания получателя визы.

Ниже рассмотрены некоторые наиболее распространённые категории виз, используемые в целях осуществления коммерческой деятельности.

Инвесторская виза

Виза категории «C1» выдаётся руководителям и представителям управленческого звена иностранных юридических лиц, участвующих в инвестировании экономики, участникам регионального финансового центра города Алматы (далее – РФЦА), а также их супругам и несовершеннолетним детям на срок до 3 лет с правом многократного въезда.

Виза категории «C2» выдается руководителям и представителям управленческого звена иностранных юридических лиц, участвующих в инвестировании экономики, участникам РФЦА, а также их супругам и несовершеннолетним детям на срок до 90 дней для однократного въезда без приглашения по указанию МИД либо на основании обращений глав посольства/консульства Казахстана, при наличии ходатайств иностранных юридических лиц или уполномоченного органа Республики Казахстан по вопросам инвестиций.

Деловая виза

Визы категории «D1» выдаются лицам, направляющимся в Республику Казахстан с целями: 1) участия в конференциях, симпозиумах, форумах, выставках, концертах, культурных, научных, спортивных и других мероприятиях; 2) чтения лекций и ведения занятий в учебных заведениях до 90 дней. Виза может быть одно-, двух или трёхкратной.

Визы категории «D2» выдаются лицам, направляющимся в Республику Казахстан с целями: 1) командировки; 2) монтажа, ремонта и технического обслуживания оборудования; 3) участия в программах молодежных, студенческих и школьных обменов, за исключением обучения в образовательных учреждениях Республики Казахстан на срок до 1 года с правом многократного въезда.

Визы категории «D3» выдаются лицам, направляющимся в Республику Казахстан с целями: 1) сопровождения гуманитарной помощи; 2) проведения переговоров, заключения контрактов, оказания консультационных или аудиторских услуг на срок до 3 лет с правом многократного въезда.

Необходимо отметить, что Правилами изменён срок пребывания по многократной деловой визе. Если ранее максимальный срок составлял 120 дней в 12-месячном периоде, то согласно новым Правилам срок пребывания составляет не более 60 дней в 180-дневном периоде.

В Правилах сохранено положение, согласно которому однократные визы категории «D1» гражданам некоторых государств выдаются по ходатайству без приглашения и визовой поддержки. В список таких стран входят в том числе, но не ограничиваясь: Австрия, Бельгия, Германия, Испания, Италия, Латвия, Литва, Польша, Великобритания, Финляндия, Франция, Чехия, Швейцария, Эстония.

> Vereinfachtes Verfahren zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte

Von Salomat Shomatova, Rödl & Partner (Kasachstan)

Mit Wirkung zum 24. März 2013 ist die Verordnung der Regierung Nr. 44 vom 25. Januar 2013 in Kraft getreten (im Folgenden „Verordnung“), die das Verfahren zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte vereinfacht.

Gemäß der Verordnung darf der Arbeitgeber Genehmigungen zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte sowie deren Verlängerung durch Einreichung eines Antrages samt allen erforderlichen Unterlagen über das Informationssystem „Staatliche Datenbank „E-Lizenzierung“ einholen. Alle Unterlagen sind als Scans von notariell beglaubigten Kopien vorzulegen.

Das bevollmächtigte Organ informiert den Arbeitgeber über das besagte Informationssystem (elicense.kz) über den gefassten Beschluss, Genehmigungen zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte zu erteilen oder deren Erteilung zu verweigern, sie zu verlängern oder deren Verlängerung zu verweigern, im Laufe von drei Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung.

Gemäß der obigen Verordnung hat die örtliche Abteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales bei einer unvollständigen Vorlage oder einer nicht ordnungsgemäßen bzw. unvollständigen Ausfüllung von Dokumenten diese unter Angabe einer Liste der nicht vorgelegten bzw. der nicht ausgefüllten Dokumente an den Antragsteller zurückzugeben.

Wird der Arbeitgeber über die Erteilung der Genehmigung über das Informationssystem benachrichtigt, so wird die Frist zur Vorlage von Dokumenten, die die Ausreise des ausländischen Arbeitnehmers aus der Republik Kasachstan garantieren, an die örtliche Abteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales, ab dem Datum des Erhalts dieser Benachrichtigung berechnet. Die Frist für die Vorlage von Dokumenten, die die Ausreise garantieren, wurde nicht geändert und beträgt 20 Arbeitstage. Als derartiges Dokument gilt in der Regel ein Vertrag über die Sicherheitseinlage bei einer Bank in Höhe der Reisekosten in das Aufenthaltsland (ca. USD 1.000,00).

Das bevollmächtigte Organ erteilt dem Arbeitgeber Genehmigungen im Laufe von drei Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt des Erhalts der Kopien von Dokumenten, die die Ausreise des ausländischen Arbeitnehmers aus der Republik Kasachstan garantieren. Holt der Arbeitgeber die Genehmigungen nicht innerhalb von drei Arbeitstagen ab, so hat das bevollmächtigte Organ diese per Einschreiben

mit Rückschein an die Geschäftsanschrift des Arbeitgebers zu übersenden.

Außerdem wurden Änderungen in der Liste der Dokumente vorgenommen, die für die Erteilung der Genehmigung zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte erforderlich sind. Von dieser Liste wurden verschiedene Dokumente gestrichen (z.B. Führungszeugnis, ärztliche Bescheinigung, dass aus medizinischer Sicht keine Einschränkungen für die Ausübung der Berufstätigkeit bestehen, Krankenversicherung). Demzufolge wird für die Erteilung der Genehmigung zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte nur ein Minimum von Dokumenten vorgelegt:

- > Personalausweis (notariell beglaubigte Kopie aller Seiten des Reisepasses);
- > Diplom oder andere Urkunde zum Nachweis der Ausbildung, die der Qualifikation und der zu bekleidenen Funktion entspricht. Das Diplom ist in notariell beglaubigter Kopie mit Apostille vorzulegen.
- > Dokumente zum Nachweis der Arbeits- und Berufstätigkeit. Als solche können Arbeitsbücher bzw. Bescheinigungen vorheriger Arbeitgeber angesehen werden, die auf dem Briefbogen der Gesellschaft ausgestellt und, wenn vorhanden, mit dem Siegel der Gesellschaft versehen sind.

Fremdsprachig abgefasste Dokumente müssen über eine entsprechende und ordnungsgemäß notariell beglaubigte russische Übersetzung verfügen.

> Упрощения в процедуре привлечения иностранной рабочей силы

Саломат Шоматова, Rödl & Partner (Казахстан)

24 марта 2013 года вступило в силу постановление правительства от 25 января 2013 года № 44 (далее «Постановление»), упрощающее процедуру привлечения иностранной рабочей силы.

В соответствии с Постановлением работодатель может осуществлять получение разрешения на привлечение иностранных работников и продление его срока путём подачи заявления с приложением необходимых документов через информационную систему «Государственная база данных «Е-лицензирование». Все документы должны представляться в виде отсканированных нотариально заверенных копий.

Уполномоченный орган через информационную систему «Государственная база данных «Е-лицензирование» (elicense.kz) письменно уведомляет работодателя о принятом решении: о выдаче либо отказе в выдаче, продлении либо отказе в продлении разрешения на привлечение иностранной рабочей силы в течение трёх рабочих дней с момента принятия решения.

Согласно Постановлению в случае предоставления документов в неполном объёме и (или) незаполнения по установленной форме территориальное подразделение Министерства труда и социальной защиты возвращает документы заявителю с указанием перечня непредставленных и (или) незаполненных документов.

В случае если работодатель получает уведомление о выдаче разрешения через информационную систему, срок предоставления документов в территориальное подразделение Министерства труда и социальной защиты, гарантирующих выезд иностранного работника из Республики Казахстан, исчисляется со дня получения такого уведомления. Срок предоставления документов, гарантирующих выезд, не изменен, и составляет 20 рабочих дней. Таким документом, как правило, является договор гарантийного банковского вноса на сумму стоимости проезда в страну проживания (ок. 1000 USD).

Уполномоченный орган выдает разрешение работодателю в течение трёх рабочих дней с момента получения копий документов, гарантирующих выезд иностранного работника из Республики Казахстан. В случае неявки работодателя по истечении трёх рабочих дней за получением разрешения уполномоченный орган направляет разрешение по адресу регистрации работодателя по почте с получением уведомления о получении почтового отправления.

Кроме того, внесены изменения в перечень документов, представляемых для получения разрешения на привлечение иностранной рабочей силы. В частности из списка исключены такие документы, как подтверждение наличия либо отсутствия судимости, медицинская справка, подтверждающая отсутствие заболеваний, препятствующих трудовой деятельности по избранной специальности, медицинская страховка. Таким образом, для получения разрешения предоставляется минимум документов:

- > Документ, удостоверяющий личность (нотариально заверенная копия всех страниц паспорта);
- > Диплом или иной документ, подтверждающий образование, соответствующее квалификации и предполагаемой должности. Диплом должен представлять собой копию, заверенную нотариально с приложением апостиля;
- > Документы, подтверждающие трудовую деятельность и стаж по специальности. Документы могут представлять собой трудовую книжку или справки от предыдущих работодателей на фирменном бланке компании и, при наличии, печатью компании).

Документы, составленные на иностранном языке, подлежат переводу на русский язык с нотариальным заверением.

Kontakte für weitere Informationen:



Dr. Andreas Knaul
Rechtsanwalt
Tel.: +7(495)933 51 20
E-Mail: andreas.knaul@roedl.pro

Mandantenbrief GUS plus / Бюллетень СНГ плюс

Hier finden Sie eine Auswahl unserer zahlreichen Seminare und Veranstaltungen, die wir in den nächsten Wochen durchführen oder bei welchen wir referieren.

Weitere Seminare und Veranstaltungen finden Sie direkt im Internet unter www.roedl.com/ru.

Thema: Mandantenfrühstück zum Thema „Rechtliche und kulturelle Aspekte einer effektiven Zusammenarbeit zwischen deutschen Vorgesetzten und russischen Mitarbeitern“

Referent: Irina Reimer
Veranstalter: Rödl & Partner, StrategicInterCom
Ort/Termin: Moskau, 18. Juni 2013

Thema: Russland 2013 - Neue Chancen nutzen!

Referenten: Sebastian Ernst
Veranstalter: IHK Würzburg-Schweinfurt
Ort/Termin: Würzburg, 18. Juni 2013

Thema: Getreidehandelstag 2013

Referent: Dr. Andreas Knaul
Veranstalter: Burg Warberg
Ort/Termin: Warberg, 18.-19. Juni 2013

Thema: 2. CFO-Konferenz

Referenten: Patrick Pohlitz, Alexander Yudovich
Veranstalter: Deutsch-Russische AHK
Ort/Termin: Moskau, 25. Juni 2013

Thema: Sommerfest der AHK-Filiale Nord-West

Veranstalter: Deutsch-Russische AHK, Filiale Nordwest
Ort/Termin: St. Petersburg, 26. Juni 2013

Thema: Sommerfest der Deutsch-Russischen AHK

Veranstalter: Deutsch-Russische AHK
Ort/Termin: Moskau, 4. Juli 2013

Thema: Steuern, Buchhaltung und Controlling in Russland

Referent: Patrick Pohlitz
Veranstalter: IHK Region Stuttgart
Ort/Termin: Stuttgart, 12. Juli 2013

Schulterschluss leben

„Zahlreiche Nationen – oftmals mit gemeinsamer politischer Vergangenheit; positiv wie negativ – unterschiedliche Kulturen und Bräuche, divergierende Rechts-, Steuer- und Wirtschaftssysteme. Hemmnisse für nachhaltigen Erfolg gibt es gerade in Mittel- und Osteuropa mannigfaltig. Im engen Schulterschluss mit unseren Mandanten erarbeiten wir Konzepte und setzen sie gemeinsam mit ihnen um.“

Rödl & Partner

„Es gibt eindeutige Zeichen dafür, wenn zwei oder mehrere Partner ein gemeinsames Denken verbindet. Wir sehen hier den Schulterschluss als die klarste Ausdrucksform. Bei uns gehört er eindeutig zum Repertoire.“

Castellers de Barcelona



„Jeder Einzelne zählt“ – bei den Castellers und bei uns.

Menschentürme symbolisieren in einzigartiger Weise die Unternehmenskultur von Rödl & Partner. Sie verkörpern unsere Philosophie von Zusammenhalt, Gleichgewicht, Mut und Mannschaftsgeist. Sie veranschaulichen das Wachstum aus eigener Kraft, das Rödl & Partner zu dem gemacht hat, was es heute ist.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (Kraft, Balance, Mut und Verstand) ist der katalanische Wahlspruch aller Castellers und beschreibt deren Grundwerte sehr pointiert. Das gefällt uns und entspricht unserer Mentalität. Deshalb ist Rödl & Partner eine Kooperation mit Repräsentanten dieser langen Tradition der Menschentürme, den Castellers de Barcelona, im Mai 2011 eingegangen. Der Verein aus Barcelona verkörpert neben vielen anderen dieses immaterielle Kulturerbe.

Mandantenbrief GUS plus, Ausgabe Nr. 3 2013

Herausgeber: Rödl & Partner
Elektrosawodskaja ul. 27, Gebäude 2
107023 Moskau
Tel.: +7 (495) 933 51 20 | www.roedl.com/ru

Verantwortlich für den Inhalt:
André Scholz – andre.scholz@roedl.pro

Layout/Satz: Unternehmenskommunikation Rödl & Partner
Nina Nixdorf – nina.nixdorf@roedl.pro

Dieser Newsletter ist ein unverbindliches Informationsangebot und dient allgemeinen Informationszwecken. Es handelt sich dabei weder um eine rechtliche, steuerrechtliche oder betriebswirtschaftliche Beratung, noch kann es eine individuelle Beratung ersetzen. Bei der Erstellung des Newsletters und der darin enthaltenen Informationen ist Rödl & Partner stets um größtmögliche Sorgfalt bemüht, jedoch haftet Rödl & Partner nicht für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der Informationen. Die enthaltenen Informationen sind nicht auf einen speziellen Sachverhalt einer Einzelperson oder einer juristischen Person bezogen, daher sollte im konkreten Einzelfall stets fachlicher Rat eingeholt werden. Rödl & Partner übernimmt keine Verantwortung für Entscheidungen, die der Leser aufgrund dieses Newsletters trifft. Unsere Ansprechpartner stehen gerne für Sie zur Verfügung.

Der gesamte Inhalt des Newsletters und der fachlichen Informationen im Internet ist geistiges Eigentum von Rödl & Partner und steht unter Urheberrechtsschutz. Nutzer dürfen den Inhalt des Newsletters nur für den eigenen Bedarf laden, ausdrucken oder kopieren. Jegliche Veränderungen, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe des Inhalts oder von Teilen hiervon, egal ob on- oder offline, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung von Rödl & Partner.